moinjour

DER NEWSLETTER AUS SH, BRÜSSEL UND STRASSBURG

@DELARABUR
www.delara-burkhardt.eu

19. DEZEMBER 2020

DELARA BURKHARDT
MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
S&D

Liebe Genoss*innen und
ein herzlichen Moinjour an alle Europa-Interessierten,

Mit einer Plenarwoche, die eigentlich zehn Newsletter füllen könnte, neigt sich auch im Europäischen Parlament dieses für uns alle sehr (heraus)fordernde Jahr dem Ende zu.
Während die letzten Tage der Brexit-Übergangsfrist verstreichen, machen die Verhandlungen um einen Austrittsvertrag keinen Fortschritt. Selbst Notfallpläne, die die EU zur Vermeidung des absolutem Chaos erarbeitet hat, finden auf der anderen Seite des Kanals, bei Boris Johnson und seinen Verhandler*innen, keinen Anklang. Kommt es zu einem No-Deal-Brexit verlieren alle bisherigen Verkehrs- und Handelsregelungen zwischen dem Vereinigten Königreich und der Europäischen Union ihre Gültigkeit. Wir haben im Europäischen Parlament klar gemacht: Wir werden keinem Last-Minute-Abkommen zustimmen – dazu ist die Entscheidung viel zu wichtig. Es gibt nicht die Vorteile der Europäischen Union, wenn man sich nicht an gemeinsame Regeln halten will. Wir sind zu einer Verlängerung der Übergangsphase und damit mehr Zeit für weitere Verhandlungen bereit.

Mit der Verabschiedung des langfristigen Haushaltes und dem Corona-Wiederaufbaufond schreiben wir diese Woche ein kleines Stück europäische Geschichte. Erstmals entscheiden wir uns als Gemeinschaft dafür gemeinsam Schulden aufzunehmen, um die Folgen der Krise solidarisch zu bewältigen. Damit zeigen wir, dass wir aus dem Missmanagement vergangener Krisen gelernt haben. Mehr zu diesem historischen „Budget-Deal“ könnt ihr hier lesen. Neu ist dabei auch der sogenannte Rechstaatskonditionalitätsmechanismus. Hinter diesem Wortmonster verbirgt sich ein neues Instrument, mit dem wir die Auszahlung von EU-Mitteln an Kriterien der Rechtstaatlichkeit knüpfen. Ein herber Schlag für Orbán und Co, ein starker Verhandlungserfolg für das Europäische Parlament und die deutsche Ratspräsidentschaft.
Fünf Jahre nach dem Pariser Klimaabkommen hat die EU gerade noch rechtzeitig ihre Klimaziele aktualisiert. Ob sie damit auf dem Weg ist, den das Pariser Klimaabkommen vorzeichnet, lest ihr auf Seite 3.

Allen, die Weihnachten feiern, wünsche ich ein ruhiges und besinnliches Fest. Der mögliche Impfstart ab dem 27. Dezember macht mich optimistisch, dass wir bald ein Stück mehr alte Normalität zurückbekommen. Die politischen Herausforderungen, die das Jahr 2021 mit sich bringen wird, sind groß. Umso wichtiger jetzt ein paar Tage zur Ruhe zu kommen.

Danke für die vielen Anregungen und das Feedback zu meinem Newsletter. Danke für eure Solidarität und Unterstützung.

Eure Delara

WAS STECKT IM EU-BUDGET-DEAL?

Das EU-Parlament hat sich dafür eingesetzt, dass das Budget nicht nur größer, sondern auch die Verwendung der Mittel gerechter und ökologischer wird.
In den Verhandlungen wurden zwei große Pakete gemeinsam verhandelt: 1,074 Billionen Euro für den sogenannten Mehrjährigen Finanzrahmen, den EU-Haushalt für die nächsten sieben Jahre. Und 750 Milliarden Euro neuer Mittel für den Corona-Wiederaufbau.

Außerdem eine wichtige Rolle spielen der Klima- und Umweltschutz: 30 % der Fördermittel aus dem EU-Haushalt und dem Corona-Wiederaufbaufonds

sollen künftig in klimafreundliche Projekte fließen. Und, das ist neu, zunächst sollen 7,5% und ab 2026 10% der Gelder in Arten- und Naturschutz investiert werden!
Die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen wird mit 23,8 Mio. Euro verstärkt. Super wichtig, weil gerade junge Menschen in der Coronakrise arbeitslos geworden sind oder keinen Ausbildungsplatz oder Job finden.
Insgesamt 7,4 Milliarden Euro mehr sind für Programme für Forschung und Gesundheit geplant.
Das Prinzip des Gender Mainstreaming wurde festgeschrieben. Das bedeutet, dass die Kommission eine Berichtspflicht darüber hat, wie sich europäische Gelder auf die Gleichstellung der Geschlechter auswirken.
Alles in allem hat das Parlament eine Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens von 15 Milliarden Euro durchgesetzt um wichtige Förderprojekte und andere Programme zu unterstützen.
Mein kurzes Erklärvideo zu dem Thema findet ihr auf meinem Youtubekanal.

DER RECHTSSTAATSMECHANISMUS IST DA. ENDLICH!

Trotz großer Proteste und dem anfänglichen Veto von Orbán und Kaczynski, die versucht hatten die anderen EU-Regierungen unter Druck zu setzten. Beide nutzen die zahnlose Erklärung des Rates in den heimischen Medien dazu zu suggerieren, dass sie wieder einmal die EU in die Tasche gesteckt hätten. Das stimmt aber nicht und dieses Narrativ sollten wir nicht übernehmen.
Gemeinsam haben sich die EU-Institutionen auf den „Rechsstaatskonditionalitätsmechanismus“ geeinigt.
Dieser setzte den Grundstein dafür, dass EU-Gelder in Zukunft stärker mit der Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit verknüpft sein werden.
Ziel ist es, dass die Kommission im Falle von Verstößen gegen grundlegende Rechtsstaatsprinzipien oder bereits bei der Gefahr solcher Verstöße, EU-Gelder reduzieren oder einfrieren kann.
Besonders wichtig sind vier Erfolge des Verhandlungsteams des Europäischen Parlaments:

- Eine stärkere Definition von Rechtsstaatlichkeit und ein stärkerer Bezug auf die Grundrechte der Union, wie Freiheit, Demokratie, Gleichheit und Achtung der Menschenwürde.
- Der Mechanismus kann bereits dann ausgelöst werden, wenn eine Gefahr für die Rechtsstaatlichkeit beobachtet wird.
- Endbegünstigte, also z.B zivilgesellschaftliche Organisationen die EU-Mittel erhalten, sind geschützt, da die Staaten weiterhin zur Auszahlung der zugesagten Fördergelder verpflichtet bleiben.
- Der nun beschlossene Text ist eine Verordnung, also ein verbindlicher Rechtsakt. Auch wenn der Rat noch zusätzliche Erklärungen als Trostpflaster für die polnische und ungarische Regierung abgegeben hat, ändert dies nichts am eigentlichen Mechanismus.

Die Staats- und Regierungschefs haben sich zudem auf einen jährlichen Rechtsstaatscheck aller Mitgliedsstaaten geeinigt. Damit die neue Regelung

zum Einsatz kommt, muss der Europäische Gerichtshof (EUGH) zunächst den Mechanismus auf seine Konformität mit EU-Recht prüfen. Vergangene Rechtsstaatsverstöße können natürlich nicht mit diesem Instrument bewertet werden.
Der EUGH wird ab dem 1. Januar 2021 in einem Eilverfahren das Instrument überprüfen. Im Parlament werden wir dafür sorgen, dass diese Überprüfung höchste Priorität bekommt.
Mir ist bewusst, dass der neue Mechanismus nicht alle Probleme der EU löst. Aber es ist ein neues Instrument! Wir sollten Orbán und Co keinen Gefallen tun und es runterreden.
Der Rechtsstaatsmechanismus ist FAKT. Die EU kann nun bei Verstößen gegen die Rechtsstaatlichkeit EU-Haushaltsmittel kürzen oder einfrieren. Einige beurteilen das als „stumpfes Schwert“. Das stimmt aber nicht. Es verfehlt nur dann seine Wirkung wenn die Kommission, als Hüterin der Verträgem dieses Instrument nicht einsetzt. Daran werden wir Frau von der Leyen hartnäckig erinnern. Notfalls mit einem Boykott der Abstimmungen über zukünftige Haushaltsentscheidungen.
Auch zu diuesem Thema habe ich ein kurzes Youtubevideo aufgenommen.

WIR MÜSSEN WEITER KÄMPFEN!

Die EU-Staats- und Regierungschef*innen haben

sich auf ein schärferes Klimaziel für 2030 geeinigt. Von derzeit 40 Prozent Treibhausgasreduktion bis 2030 wollen sie das Ziel auf minus 55 Prozent anheben. Das ist nicht genug.
Um das 1,5-Grad-Klimaziel des Pariser Abkommens zu erreichen, muss mehr drin sein. Außerdem muss ins Kleingedruckte geschaut werden: die Staats- und Regierungschef*innen fordern ein Netto-Ziel. Das bedeutett, dass beispielsweise die Klima-Leistung von Wäldern und Mooren, die der Atmosphäre Treibhausgase entziehen, in diesem Ziel mit verrechnet werden. Wirtschaft, Industrie, Verkehr, Landwirtschaft und andere Emittenten, müssten dann nur eine Reduktion von 50-55 Prozent schaffen. Als Sozialdemokrat*innen werden wir uns im Rahmen der Verhandlungen zum EU-Klimagesetz weiter für eine Anhebung des Ziels auf 60 Prozent einsetzen. Ohne Rechentricks.

WEITERHIN KATASTROPHALE UMSTÄNDE AUF LESBOS

Nach dem Brand von Moria wurden 12.362 Menschen über Nacht obdachlos. 7.200 von ihnen leben seither in einem Übergangslager aus Zelten.
Dieses sogenannte Moria 2 verfügt weder über warmes Wasser noch ausreichend sanitäre Anlagen. In großen Zelten sind bis zu 100 Menschen gleichzeitig untergebracht.
Im Rahmen des neuen Migrationspakts kündigte die Kommission die Gründung einer Taskforce an, um die Lage auf der Insel dauerhaft zu verbessern. Bisher hat diese sich darauf konzentriert, mit den griechischen Behörden und den relevanten Interessengruppen einen geeigneten Standort für

neue Aufnahmeeinrichtungen zu finden.
Im Dezember hierzu ein Plan vereinbart der festlegt, dass bis September 2021 auf Lesbos ein neues, „besseres“ Lager errichtet werden soll.
Ich finde den Fortschritt der Taskforce komplett unzureichend und die anhaltend unmenschliche Situation in den Camps untragbar.
Zudem stellen sich mir weiterhin viele Fragen: Was bedeutet „besseres“ Camp überhaupt? Was passiert mit den Menschen die aktuell in Moria2 ausharren? Was sind die Lösungen für den Winter?

IF IS'S BROKEN – FIX IT. RECHT AUF REPARATUR

Das kennen sicher einige von euch: Der Laptop gibt den Geist auf, die Mikrowelle oder Fahrradlampe gehen genau dann kaputt, wenn gerade die Garantie abgelaufen ist. Oft ist es in solchen Fällen billiger, oder zumindest einfacher, ein neues Gerät anzuschaffen als das alte zu reparieren. Nachhaltig ist das aber

keineswegs. Reparieren soll einfacher und billiger werden! Die Beschlussvorlage des Europäischen Parlaments siehthierzu ein „Recht auf Reparatur“ vor. Herstellende könnten in Zukunft verpflichtet werden, Kund*innen und Handwerker*innen alle nötigen Informationen für den Austausch von Teilen zu liefern und sich verpflichten Ersatzteile anzubieten.
Außerdem sollen bereits beim Kauf Informationen darüber gegeben werden, welche Mängel bei den Geräten wie häufig auftreten und wie teuer Reparaturen sind. Der sogenannten geplante Obsoleszenz, dem absichtlichen Einbauen von Macken, könnte damit ein Ende gesetzt werden.
Reparieren ist besser für die Umwelt, das Klima und den Rohstoffverbrauch. Inzwischen gibt es vielerorts Repair-Cafés oder online Workshops, in denen ihr eigene Geräte unter Anleitung wieder flott machen könnt.

KAKAOLAGERBESUCH IN HAMBURG

Kakao zählt neben Erdöl und Kaffee zu den wichtigsten Rohstoffen auf dem Weltmarkt. In den Anbaugebieten ist Kakao eine wichtige Einkommens- und Beschäftigungsquelle für die ländliche Bevölkerung. Insbesondere für die fünf bis sechs Millionen Kleinbauern, die über 90 Prozent

des weltweiten Kakaos anbauen.
Insgesamt sind fast 50 Millionen Menschen für ihren Lebensunterhalt auf Kakao angewiesen. Trotz der enormen Nachfrage bleibt den meisten anbauenden Familien kein existenzsicherndes Einkommen. Vor allem in Westafrika ist darum Kinderarbeit weit verbreitet. Darüber hinaus ist Kakao ein Haupttreiber der Entwaldung, insbesondere in Côte d‘Ivoire und Ghana, auf die etwa zwei Drittel der weltweiten Produktion und zwei Drittel der EU-Importe entfallen.
Bei der Vollers Gruppe durfte ich mir anschauen, wie der Kakao im Hamburger Hafen ankommt. Ein spannender Austausch darüber, wie wir Lieferketten ohne Entwaldung und Menschenrechtsverletzungen hinkriegen.

ZUKUNFT MACHEN WIR SELBST

„Als reichster Kontinent stehen wir besonders in der Verantwortung, Vorreiter*innen zu sein bei einer sozialökologische Transformation, die tatsächlich niemanden zurücklässt“ - Tiemo Wölken und ich durften auf dem Bundeskongress der JUSOS aus dem Europäischen Parlament berichten. Wir Jusos geben uns nicht mit dem Status Quo zufrieden. Wir übernehmen Verantwortung für gerechte, solidarische und nachhaltige Politik. Deshalb freu ich mich auch besonders, dass bundesweit über 80 Jusos bei der Bundestagswahl antreten wollen.
Der erste digitale BuKo war gleichzeitig der letzte von Kevin Kühnert als Bundesvorsitzendemm Für seine Nachfolge hat sich Jessica Rosenthal aus NRW beworben. Die JUSOS können nun per Briefwahl abstimmen und am 8. Januar wird es ein Ergebnis geben.
Ich drücke Jessica und allen anderen JUSOS, die derzeit oder im kommenden Jahr für politische Ämter kandidieren, die Daumen. Ganz nach dem #Buko2020 Motto: Zukunft machen wir selbst!

„Das EEG hat die Energiewende vorangebracht. Es sorgt aber auch dafür, dass die Oma in der Blockwohnung über ihren Strompreis das Solardach des Studienrates oder den Porsche des Windbauern in Nordfriesland finanziert.“ Eine Politik, die Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit zusammendenkt, braucht progressive Mehrheiten! Jetzt ist Zeit dafür zu mobilisieren! Statt Stillstand mit Groko oder Schwarz Grün. Gemeinsam mit Yannick Hann habe ich einen offenen Brief an die Grünen geschrieben der auf Zeit.de veröffentlicht wurde. Ihr könnt in hier nachlesen. Zum Interview mit dem Stormarner Tageblatt

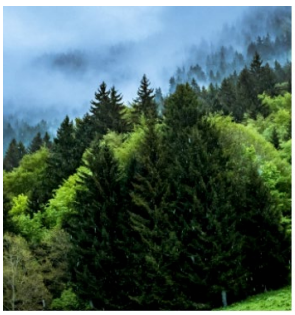
„Politik ist ein Ort ist, wo Entscheidungen über unser Leben und unsere Zukunft getroffen werden. Wenn wir diesen Bereich grundsätzlich ignorieren und sagen, ‚das geht mich sowieso nichts an‘, wird sich halt auch nichts verändern.“ Mein Interview mit der Brigitte in der Reihe „Du bist stark“ könnt ihr hier nachlesen.

Gastbeitrag

5 Jahre nach Paris: Aufschwung für Klimaschutz?

Delara Burkhardt • 11. Dezember 2020

5 Jahre nach Paris: Aufschwung für Klimaschutz? Mein Gastbeitrag für den vorwärts zum Anlass des 5. Jahrestages des Pariser Klimaabkommens.
zum Gastbeitrag



"Wir streiten weiter"

Klimaziel-Einigung auf EU-Gipfel

DELARA BURKHARDT
11.12.2020

Pünktlich zum fünfjährigen Bestehen des Pariser Klimaabkommens haben sich die Staats- und Regierungschefs der EU am Freitagmorgen auf ein schärferes Klimaziel für 2030 geeinigt. Den Ausgang der Verhandlungen kommentiert die umweltpolitische Sprecherin der Europa-SPD, Delara Burkhardt:

MEINE EINSCHÄTZUNG ZUR EINIGUNG DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS DER EU AUF EIN SCHÄRFERES KLIMAZIEL FÜR 2030 GEEINIGT.
ZUM ARTIKEL

IMPRESSUM
DELARA BURKHARDT, MITGLIED DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS
KLEINER KUHBERG 28-30, 24103 KIEL
MOIN@DELARA-BURKHARDT.EU, 0431 90 60 626

FOTOS/ BILDER: MAGDALENA OTTERSTEDT (TITELSEITE), MARC FRICKE (SEITEN 2,4), DELARA BURKHARDT (SEITE 2,3),
JUSOS BUNDESVERBAND (SEITE 4), NOW YOU SEE ME MORIA (SEITE 3)